

Kongress in New York Bürgerbewegung und Bürgerrechte

VON SEBASTIAN MOLL

Als Vorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes war der spätere Kafka- und Hölderlin-Verleger KD Wolff es nicht eben gewohnt, mit seiner Meinung hinter dem Berg zu halten. Und so nahm er auch kein Blatt vor den Mund, als er 1969 während eines USA-Besuchs als Zeuge vor einen Senats-Ausschuss für "innere Sicherheit" geladen wurde. "Das ist typisch", schmetterte er dem bekannt rassistischen Südstaatsenator Strom Thurmond entgegen, als dieser ihm einen Übersetzer verweigerte. "Sie berauben ja nicht nur mich meiner Sprache. Sie berauben auch die schwarze Bevölkerung dieses Landes ihrer eigenen Sprache und ihrer eigenen Kultur."

Der Auftritt vor dem Senatsausschuß brachte KD Wolff eine Ausweisung ein und er hängt ihm bis heute nach. In der vergangenen Woche durfte Wolff erneut nicht in die USA einreisen, weil wegen seiner alten "Auffälligkeiten" im Zuge der neuen Anti-Terrorgesetze sein Visum annulliert wurde. Wolff sollte auf einem Kongress außerhalb von New York als Zeitzeuge über die Zusammenhänge zwischen der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und Deutschland sprechen.

Seine Ära, die 60er Jahre, war zweifellos der Zeitraum, in dem diese Verbindungen am offensichtlichsten zutage traten. Die deutschen Studenten, allen voran Wolff, solidarisierten sich mit den Black Panthers in den USA. Die Menschen demonstrierten zu Zigtausenden in deutschen Städten für die Freilassung der inhaftierten schwarzen Bürgerrechtlerin Angela Davis. Davis war in den USA in den Widerstand gegangen, und sie hatte in Frankfurt bei Adorno studiert.

Die Konferenz in Vassar, bei der Angela Davis selbst Hauptrednerin war, machte jedoch nicht bei der nostalgischen Reminiszenz dieser schönen solidarischen Tage halt. Im Gegenteil - sie deckte ein komplexes Beziehungsgeflecht zwischen Deutschland und dem politisierten schwarzen Amerika dar - angefangen von den ersten GIs, die nach dem Krieg in Deutschland auftauchten, bis hin zu einer wenig bekannten Rede, die Martin Luther King 1964 vor einem euphorischen Publikum in der Marienkirche in Ost Berlin hielt.

Für viele schwarze GIs, besonders aus dem Süden, war die Besatzungszeit in Deutschland, ein "Atemzug der Befreiung", wie es Ex-Außenminister Colin Powell ausdrückte. "Sie konnten in jedes Restaurant gehen, sich frei bewegen und mit jeder Frau ausgehen, die ihnen gefiel." Deutschland hatte nicht wie die USA den Ballast der Sklaverei und der Apartheid. Die Situation war jedoch komplizierter, als es schien. Da war zum einen die deutsche Schuld, die bei der völligen Abwesenheit von Juden im Nachkriegsdeutschland kein Ventil hatte. Die Schwarzen waren die am offenkundigsten "Anderen" in Deutschland, wie der Referent Robert Sackett von der Universität Colorado ausführte, und dienten deshalb zumindest zum Teil stellvertretend als Objekte der Wiedergutmachung. Für die Fraternisierung begünstigend kam hinzu, dass die Rassendiskriminierung in den USA die vermeintliche moralische Überlegenheit der Besatzer relativierte. Es war ein gewisses Trostpflaster in der völligen Kapitulation, eine Linderung der Erniedrigung.

Auf keinen Fall bedeutete die scheinbare Wertschätzung der schwarzen GIs jedoch eine Abwesenheit von Rassismus im besetzten Deutschland.

Gemischtrassische Beziehungen zwischen Schwarzen und deutschen Frauen etwa waren von Anfang an auch in Deutschland stigmatisiert.

In der DDR war derweil die Solidarität mit den unterdrückten Schwarzen in den USA offizielle Parteilinie. Eine Tatsache, die das Regime dort in eine schwierige Lage brachte, als Martin Luther King 1964 kurzentschlossen nach Ost-Berlin fuhr. Denn seine Predigt, bei der er sagte, dass "überall, wo Menschen die trennenden Mauern der Feindschaft abbrechen, Christus seine Verheißung erfüllt", hatte eine subversive Botschaft. Und das gemeinsame Singen des Gospels "Let my people go", machte die Sache nicht eben besser. "Es war der bewegendste Moment meines Lebens", erinnerte sich in Vassar Alcyon Scott, die damals King als Übersetzerin begleitete.

Eine solche subversive Botschaft trug Angela Davis freilich nie in die DDR. Stattdessen ließ sich die bis heute überzeugte Kommunistin von Honecker hofieren. Und anscheinend hat sie noch immer ein eher unkritisches Verhältnis zur Ostberliner Republik. In ihrer Rede in Vassar schwärmte sie von den Zehntausenden von Postkarten ostdeutscher Kinder, die sie erreichten, als sie 1971 in einem US-amerikanischen Gefängnis saß. Dass dies gewiss keine spontanen Solidaritätsbekundungen waren, möchte sie nicht glauben. Bis heute, so die Kernbotschaft ihrer Erinnerungen, machten diese Postkarten ihr Hoffnung auf eine wahrhaft internationalistische Befreiungsbewegung. So outete sich die emeritierte Philosophin und Kulturwissenschaftlerin beinahe auf den Tag genau 20 Jahre nach dem Mauerfall als vielleicht letztes Opfer der DDR-Propaganda. Ein trauriges transatlantisches Missverständnis

KD Wolff, der sich als ein großer Freund und Liebhaber Amerikas und der amerikanischen Kultur begreift, kann das gewiss nur bestätigen.

[document info]

Copyright © FR-online.de 2009

Dokument erstellt am 06.10.2009 um 17:23:06 Uhr

Letzte Änderung am 06.10.2009 um 20:34:17 Uhr

Erscheinungsdatum 07.10.2009 | Ausgabe: d

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/kultur_und_medien/feuilleton/?em_cnt=1995929&em_loc=89